SYRIEN – AUFSTAND, KRIEG UND FLUCHT

Nahost-Experte Helmut Krieger von der Universität Wien über den Krieg in Syrien, das Kalkül mit dem Tod und die Mitverantwortung der westlichen Staaten.

Mag. Dr. Helmut Krieger,
Institut für Internationale Entwicklung,
Universität Wien
Juni 2016

Fünf Jahre nach Beginn der Proteste gegen ein autoritäres Regime kann der Krieg in Syrien in all seinen Dimensionen nur schwer in Worte gefasst werden. Bei mehr als 500.000 Toten, der umfassenden Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur, der weltweit größten Fluchtbewegung, dem Überleben in Flüchtlingslagern in angrenzenden Staaten oder dem Versuch, in ein abgeschottetes Europa zu gelangen, lässt sich nur ansatzweise ermessen, was dieser Krieg für die Zivilbevölkerung bedeutet. Soziale Verwüstungen und millionenfache Traumatisierungen sind dabei nicht nur unmittelbare Folgen des Krieges, sondern werden auch auf Jahre hinaus die Zukunft des Landes bestimmen. Die in dieser Broschüre abgedruckten Erzählungen von Menschen aus Syrien, die es geschafft haben bis nach Österreich zu kommen, legen davon eindrücklich Zeugnis ab.

Laut dem UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA) mussten im Laufe der letzten fünf Jahre knapp 5 Millionen Syrer und Syrerinnen aus dem Land fliehen, an die 6,5 Millionen Menschen wurden zu Flüchtenden im eigenen Land. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 22 Millionen wurde also mehr als die Hälfte der Bevölkerung zu Flüchtlingen. Für das Jahr 2016 hat das UNO-Büro festgestellt, dass insgesamt mehr als 13 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Davon leben 5,5 Millionen in schwer zugänglichen Gebieten, und annähernd 600.000 von ihnen sind in Dörfern oder Städten eingekesselt, die entweder von verschiedenen Milizen oder vom syrischen Regime belagert werden. So sind sie zu einem Faustpfand in der Hand der Kriegsparteien geworden, die darüber bestimmen, wer wann etwas zu essen bekommt – und wer nicht.

Der kriegsbedingte Zusammenbruch grundlegender Infrastruktur bedeutet, so das UNO-Büro, dass gegenwärtig 11,5 Millionen Syrerinnen und Syrer medizinische Versorgung benötigen. Mehr als 12 Millionen brauchen Trinkwasser und beinahe 6 Millionen Kinder und Jugendliche sind auf Unterstützungen für ihre Ausbildung angewiesen. Bedenkt man dazu noch, dass von diesen 6 Millionen an die 2,5 Millionen Kinder nicht mehr zur Schule gehen können, lässt sich erahnen, wie sehr man dieser Generation durch mangelnde internationale Unterstützung auch ihre Zukunft raubt.

DAS KALKÜL MIT DEM TOD

Wenn man davon ausgeht, dass Krieg nicht plötzlich vom Himmel fällt, sondern gemacht wird und sich systematisch zuspitzt, dann wird offensichtlich, was ‚mangelnde internationale Unterstützung' für die Zivilbevölkerung bedeutet.

Bereits im Jahr 2013 hatten verschiedene UNO-Organisationen einen dringenden Hilfsappell an die internationale Staatengemeinschaft gerichtet – der Effekt war, dass die humanitäre Hilfe für aus Syrien flüchtende Menschen weiter gekürzt wurde. Die zynische Logik westlicher Staaten, darunter auch Österreich, war dabei eindeutig: Solange die Menschen in den umliegenden Ländern bleiben und dort zu überleben versuchen, braucht man sich auch nicht weiter um sie zu kümmern. Und selbst wenn sie sich aufgrund der katastrophalen Bedingungen in Flüchtlingslagern in Jordanien oder im Libanon für eine Flucht nach Europa entscheiden, sollten Stacheldraht, Mauern und das Mittelmeer so abschreckend wirken, dass möglichst wenige die lebensgefährliche Reise antreten bzw. es bis hierher schaffen.

Bereits 2012 hatte Griechenland mit finanzieller Unterstützung der EU einen Zaun an der Landgrenze zur Türkei errichtet. Im Jahr 2014 folgte Bulgarien und baute einen 3,5 Meter hohen Sperrwall exakt entlang des ehemaligen eisernen Vorhangs zur Türkei. Im Mittelmeer war die Situation bereits in jenen Jahren drastisch. Als Ende Oktober 2014 die Rettungsaktion der italienischen Marine in internationalen Gewässern durch die EU-Grenzagentur FRONTEX ersetzt wurde, war klar, dass dies den Tod von weiteren Tausenden Menschen bedeuten würde. FRONTEX ersetzte nämlich nicht nur die italienische Marineoperation Mare Nostrum, sondern schränkte vor allem den Radius der eingesetzten Schiffe auf die Überwachung der italienischen Küstengewässer ein. Das hieß nichts anderes als die bewusste Kalkulation, dass das Sterben auf hoher See leise und möglichst unbemerkt vor sich gehen sollte – allein im Jahr 2014 ertranken laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zwischen Libyen und Italien mehr als 3.100 Menschen. Kurz gesagt: Der massenhafte Tod von Flüchtenden wurde bei den politischen Eliten in Europa zu einem politischen Kalkül. Das war noch lange vor den jüngsten Entscheidungen über Grenzzäune und Flüchtlingsobergrenzen in Österreich.

Mit der Fluchtbewegung von 2015, die sich vor allem entlang neuer Seerouten zwischen der Türkei und einzelnen griechischen Inseln entwickelte, änderte sich die Situation dann kurzfristig. Für wenige Monate war es möglich, dass Hunderttausende Flüchtende aus den Krisen- und Kriegszonen dieser Welt in die EU gelangen konnten und vor allem von Deutschland, Schweden und Österreich aufgenommen wurden, sofern sie die Überfahrt nach Griechenland überlebt hatten. Es waren also die Flüchtenden selbst, die das bisherige Grenzregime der EU aushebelten und ihr Recht auf Asyl und den Schutz vor Krieg und Verfolgung einforderten. Wenige Monate später hat sich die Situation wieder vollkommen verändert. Mit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei sowie der Entsendung von NATO-Kriegsschiffen soll nun auch die Fluchtroute über die Ägäis verunmöglicht werden, damit Flüchtende aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan möglichst dort bleiben, wo sie jetzt sind: in Elendsquartieren in der Türkei oder dem Libanon, in zerbombten Stadtteilen im syrischen Aleppo oder im irakischen Falluja, oder in Gefängnissen und Baracken irgendwo in Griechenland. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei hat also zwei Stoßrichtungen: einerseits die Unterbindung der Seeroute nach Griechenland und andererseits sollen die Menschen dem Krieg gar nicht mehr entfliehen können. So hat die Türkei im Zuge des Abkommens begonnen, nicht nur die Grenze zu Syrien zu schließen, sondern – so die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch – auch auf Flüchtende zu schießen. Wer es also heute in Syrien noch wagt, Fassbomben, Artilleriefeuer und Bombenanschlägen zu entfliehen, muss damit rechnen, an der Grenze zur Türkei erschossen zu werden.

Die politischen Eliten in Europa schweigen dazu, oder besser gesagt haben sie mit ihrer Unterschrift unter das Abkommen mit der Türkei genau diese Verfolgung von flüchtenden Menschen aus Syrien ermöglicht. Und wieder sehen wir uns mit der gleichen zynischen Logik wie vor dem Jahr 2015 konfrontiert: Das massenhafte Sterben im Mittelmeer oder der Tod an der

Grenze zwischen Syrien und der Türkei wird zu einem Teil dessen, was heute bei politischen Eliten in Europa unter ‚Flüchtlingsabwehr' oder gar ‚Fluchtmanagement' verstanden wird. Solange der Tod nicht in einem Kleinlastwagen auf der österreichischen Ostautobahn und damit vor unseren Augen passiert, kann er offensichtlich billigend in Kauf genommen werden. Doch auch damit lassen sich Flüchtlinge nicht einfach zum Verschwinden bringen und der Krieg in Syrien oder dem Irak ist noch lange nicht zu Ende.

DER INTERNATIONALE KRIEG IN SYRIEN

Der Krieg in Syrien ist längst zu einem internationalen geworden, in dem einander regionale und globale Machtblöcke gegenüberstehen. Dementsprechend tragen westliche Staaten wie die USA, Großbritannien oder Frankreich ebenso eine politische Mitverantwortung für den Krieg wie Russland, Saudi Arabien, der Iran oder die Türkei. Indirekt oder direkt wurden diese Staaten selbst zu Kriegsparteien – sei es durch ihre finanzielle, politische und diplomatische Unterstützung der jeweiligen syrischen Verbündeten, durch Waffenlieferungen oder durch direktes militärisches Eingreifen. Es sind also auch sie, die es zu verantworten haben, dass Frauen, Männer und Kinder in und aus Syrien flüchten müssen.

Die Allianzen zwischen den regionalen bzw. globalen Mächten und den syrischen Kriegsparteien lassen sich folgendermaßen grob aufschlüsseln: Auf der einen Seite ist das syrische Regime unter Bashar al Assad zu nennen, das vor allem von Russland und dem Iran unterstützt wird. Die Unterstützung ist nicht nur eine politische und diplomatische, sondern auch eine militärische. Seit September 2015 sind russische Kampfbomber in Syrien stationiert und haben mittlerweile Tausende Luftangriffe gegen Gebiete geflogen, die entweder von verschiedenen Milizen gehalten werden oder von jihadistischen Organisationen wie der an-Nusra Front oder dem so genannten Islamischen Staat (IS). Nachdem der Frontverlauf im Krieg nicht einfach fernab der Städte liegt, bedeutet das auch die Bombardierung von Dörfern und Stadtteilen. Zivile Todesopfer werden dabei bewusst in Kauf genommen. Aus militärischer Sicht sollen diese Luftangriffe Bodenoffensiven der syrischen Armee unterstützen, die wiederum von Einheiten der iranischen Revolutionsgarden, der libanesischen Hizbullah und so genannten Freiwilligenverbänden aus dem Irak ergänzt werden. Praktisch bedeutet die Allianz zwischen dem Regime, Russland und dem Iran, dass die militärische Oberhoheit über die Kriegsführung in den Händen Russlands liegt. Das hat unter anderem dazu geführt, dass das syrische Regime im Laufe der letzten Monate verschiedene Gebiete in Syrien zurückerobern konnte und sich nun in einer Position der relativen militärischen Stärke wähnt. Auf der anderen Seite stehen verschiedene Milizen einer Aufstandsbewegung, die in unterschiedlichem Ausmaß von Saudi Arabien, Katar, der Türkei, den USA, Großbritannien, Frankreich sowie weiteren Ländern der EU politisch, diplomatisch und finanziell unterstützt und mit Waffen versorgt werden. Unterstützung bedeutet dabei nichts anderes als die Abhängigkeit dieser Milizen von den verschiedenen Ländern. Dazu kommen noch bewaffnete kurdische Einheiten, die im Nordosten und Nordwesten des Landes im Kampf gegen jihadistische Organisationen sowie gegen einzelne Milizen der Aufstandsbewegung ein autonomes kurdisches Gebiet zu erreichen versuchen. Aktuell werden diese Einheiten sowohl von den USA als auch von Russland und dem syrischen Regime unterstützt.

Zu den bisherigen Kriegsparteien kommen noch jihadistische Organisationen wie die an-Nusra Front und der so genannte Islamische Staat (IS), die zwar unterschiedliche politische und militärische Taktiken verfolgen, jedoch ähnliche Ziele haben. Nachdem der IS sowohl in Syrien als auch im Irak beansprucht, einen eigenen Staat gegründet zu haben und diesen auch mit Terrooperationen auszudehnen versucht, begannen unter Führung der USA im September 2014 Bombardierungen aus der Luft auf das vom IS gehaltene Gebiet. Seitdem wurden mehr als 15.000 Luftangriffe geflogen. Medial inszeniert

als ‚Krieg gegen den Terror', ist es auch die Zivilbevölkerung in jenen Gebieten, die unter diesen Bombardierungen zu leiden hat und der man zugleich erzählt, dass diese Angriffe ja nur zu ihrem Wohl seien, schließlich seien sie ja gegen eine Terrororganisation gerichtet.

KRIEG UND VERHANDLUNGEN

Die Internationalisierung des Krieges in Syrien bedeutet, dass jene regionalen und globalen Machtblöcke nicht nur die militärischen Kriegszyklen in Syrien, sondern auch die politischen Vorstellungen über Syrien nach einem Ende des Krieges dominieren. Im Wissen darum, dass sich keine der Kriegsparteien militärisch durchsetzen wird, ist die Logik von politischen Verhandlungen ebenso klar wie zynisch: Politik wird zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln – militärische ‚Stärke' im Sinne der Kontrolle von möglichst großen, zusammenhängenden Territorien soll in Verhandlungen politisch abgesichert werden. Solange also Kriegsparteien und ihre internationalen Verbündeten davon ausgehen, dass sie durch militärische Offensiven eine bessere Ausgangsposition für politische Verhandlungen erreichen können, wird der Krieg fortgesetzt. Eine der furchtbaren Konsequenzen daraus ist, dass die Zivilbevölkerung nur mehr unter militärischem Kalkül betrachtet wird und zugleich ihre Fluchtwege in die Türkei und nach Europa von denselben politischen Akteuren abgeschnitten werden, die selbst Teil des Krieges sind.

Der Krieg in Syrien ist kein konfessioneller. Vielmehr geht es um politische Macht, d.h. um die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen, wie die syrische Gesellschaft auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene gestaltet wird und wer sie regiert. Geht man von dieser grundlegenden Überlegung aus, kann man zu einer differenzierten Einschätzung darüber gelangen, warum und wie konfessionelle und/oder ethnische Zuschreibungen im Laufe des Krieges wirkmächtiger wurden. Der Krieg in Syrien ist zugleich ein internationaler. Zentral ist dabei das Abstecken von Machtpositionen im gesamten arabischen Raum, den wiederum westliche Mächte seit dem 19. Jahrhundert zu beherrschen versuchen. Das sollte uns bewusst sein, wenn wir Geflüchteten aus dem arabischen Raum begegnen. Deren Recht, aus den Kriegszonen zu flüchten und hier um Asyl ansuchen zu können, ist das Mindeste, was es zu verteidigen gilt – auch gegen eine österreichische Regierung, die glaubt, dieses Recht einfach abschaffen zu können.

Kurzbio:

Mag. Dr. Helmut Krieger, Sozialwissenschafter, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.
Seine Forschungsschwerpunkte sind der israelisch-palästinensische Konflikt, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt sowie kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung.
Siehe auch http://ie.univie.ac.at/mitarbeiter-innen/helmut-krieger/